

Rede von Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953, Wiesbaden, 17. Juni 2003

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Herr Oberbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

am Mittwoch, dem 17. Juni 1953 sendete um 5.36 Uhr der RIAS, der „Rundfunk im Amerikanischen Sektor“ in Berlin, eine Erklärung, deren Anfang ich zitiere:

„In den letzten Wochen konnten wir Ihnen, liebe Hörer, über Arbeitsniederlegungen in allen Bezirken der Sowjetzone berichten... Aber gestern ging es nicht mehr nur um die Normen. Aus dem Protest gegen die willkürliche Lohnsenkung wurde ein Protest gegen das gesamte Regime, daraus wurde Forderung nach freien Wahlen und nach dem Rücktritt der Zonenregierung (...)“

Jahrzehnte sah es so aus, als sei der 17. Juni '53 etwas für Historikerinnen und Historiker und Pflichtprogramm für Politiker am ›Tag der Deutschen Einheit‹. Für gewöhnlich war der 17. Juni ein sonniger Feiertag, im besten Fall ein matter Abglanz etwa des französischen Nationalfeiertags. Der eigentliche Anlass wurde den meisten Westdeutschen fern. Wolfgang Thierse hat aus seiner ostdeutschen Perspektive einmal formuliert, er habe immer ein wenig den Eindruck gehabt, im Westen feierten die Menschen mit einem arbeitsfreien Feiertag die Niederlage, die die Menschen im Osten am 17. Juni erfahren haben. Das ist sicher eine überspitzte Bemerkung, die aber dennoch zu denken gibt.

Mindestens zwei Gründe gibt es, meine ich, über den 16., 17. und 18. Juni 1953 zu sprechen: Diese drei Tage waren ein Höhepunkt in der langen Geschichte der Demokratie- und Freiheitsbewegung und ein Glanzpunkt der deutschen Geschichte.

Lange ist gestritten worden, ob es den Menschen in Ost-Berlin und in der ›Ostzone‹ 1953 nur - wenn man das Wort ›nur‹ in diesem Zusammenhang überhaupt benutzen darf - um bessere Lebensumstände ging, um mehr Lohn, niedrige Arbeitsnormen, bessere Versorgung. Oder ob sie mehr wollten, nämlich Recht und Freiheit und die Wiedervereinigung des zuerst in vier Besatzungszonen, dann in zwei Staaten geteilten Deutschlands. Und falls sie die Wiedervereinigung wollten, unter welchem Vorzeichen.

Heute steht fest: Die Demonstrationen, Versammlungen, die Marschkolonnen durch Berlin und Bitterfeld und Chemnitz und all die anderen Orte, an denen es zu Streiks, Arbeitsniederlegungen, zu mündlich und schriftlich vorgetragenen Forderungen an die Staatsführung kam - diese Volksversammlungen in des Wortes wahrster Bedeutung wollten beides erreichen: Bessere Lebensumstände und bessere politische Verhältnisse.

Am 16. Juni begannen die Unruhen, ausgerechnet in der Stalin-Allee und auf den Baustellen der Wohnpaläste nach Moskauer Vorbild. Ich sage ausgerechnet, weil die Stalin-Allee als Vorzeigeobjekt geplant war; hier sollte das prinzipiell Neue entstehen. Doch die Bauarbeiter spielten nicht mehr mit. Sie hatten, auf berlinerisch gesagt, die Schnauze voll. Am Morgen

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

des 16. Juni traten sie in einem spontanen Streik und zogen in die Innenstadt - zuerst zur Gewerkschaftszentrale in der Wallstraße, dann zum ›Haus der Ministerien‹ in der Leipziger Straße, nicht weit von der Sektorengrenze am Potsdamer Platz entfernt. Heute das Finanzministerium...

Während des Marsches wuchs der Zug der Demonstranten zu einer zehntausendköpfigen Menge an. Aus sozial- und lohnpolitischen Forderungen der Streikenden wurde das Verlangen nach Beseitigung der Regierung, nach freien Wahlen und Wiedervereinigung.

Die Sowjets retteten ihre Freunde im Politbüro. Und die strafen die friedlichen Demonstranten auf fürchterliche Weise. Die DDR-Regierung ließ Tausende für ihre Teilnahme an den Demonstrationen inhaftieren und verurteilen. Viele Menschen wurden hingerichtet. Nach verschiedenen Quellen gab es auf Seiten der Demonstranten bis zu 125 Tote.

In den Zeitungen der DDR wurde sofort behauptet, bei den Unruhen handele es sich um einen faschistischen Putsch, angezettelt von westlichen Agenten und gesteuert vom Rundfunk im amerikanischen Sektor, vom mittlerweile selbst von Sagen umwobenen RIAS also. Die Putsch-Legende wurde bereits am Tage des Aufstands dekretiert. Praktisch jeder, der in der DDR lebte, konnte mit eigenen Augen sehen, was sich abspielte. Konnte sehen, wie die Arbeiter aus den Fabriken kamen und sich zu großen Demonstrationenzügen vereinten. Doch die DDR-Regierung ließ bereits am Nachmittag des 17. Juni offiziell erklären: „Die Unruhen sind das Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“.

Und wenn wir schon von den Mythen und Fehleinschätzungen im Zusammenhang mit dem 17. Juni reden - manche Intellektuelle in Ost und West hatten sich noch einmal eine besondere Wahrheit zurechtgelegt. Stefan Heym und selbst Erich Loest haben damals, was den 17. Juni angeht, unsägliche Sätze verfasst: Stefan Heym fabulierte von ›faschistischen Stoßtrupplern in Ringelsöckchen und Cowboyhemden‹ und Erich Loest warf den Arbeitern vor, zugesehen zu haben, ›wie der Faschismus versuchte, die Straßen von Berlin in seine Gewalt zu bekommen‹.

Einer, der die Dinge sah wie sie waren, war der scharfsinnige und weitsichtige Sebastian Haffner. Der ›Observer‹, die große Londoner Zeitung, für die er damals schrieb, brachte am 21. Juni 53 seinen Kommentar. Er beginnt mit den Sätzen:

„Durch das massive Eingreifen der russischen Militärmacht sind die Straßen Ost-Berlins und anderer großer Städte in der deutschen Sowjetzone fürs erste leergefegt. Aber niemand sollte sich Illusionen darüber hingeben, dass damit die vor dem großen Aufstand der ostdeutschen Arbeiter bestehende Situation wiederhergestellt wäre. Das geht ohnehin nicht mehr. Der 17. Juni 1953 ist ein Wendepunkt der Geschichte.

Denn was an diesem Tag geschah - und wir sind noch gar nicht wieder zu Atem gekommen und haben dessen volle Bedeutung noch kaum erkannt -, war folgendes: Ein totalitäres Regime, fast vier Jahre lang im vollen Besitz aller Mittel, die eine moderne Diktatur braucht, war binnen nicht einmal zwölf Stunden zu vollkommener Machtlosigkeit verdammt und gezwungen, hinter den Panzern einer fremden Armee Schutz zu suchen. Und soweit ist es nicht etwa durch eine innere Spaltung oder eine bewaffnete Verschwörung in seiner Mitte gekommen, sondern durch einen spontanen Volksaufstand im klassisch revolutionären Stil von 1789 oder 1848. Es geschah genau das, von dem wir behauptet hatten, es sei unter den Bedingungen der modernen totalitären Gewaltherrschaft nicht möglich. (...)

Wir haben uns geirrt.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Verblüffend an dem großen Aufstand, der sich in vierundzwanzig Stunden wie ein Waldbrand in der sowjetischen Zone Deutschlands ausbreitete, ist vor allem die Tatsache, dass er so eindeutig spontan, ungeplant und ohne Anführer war. Offenbar waren auch die revoltierenden Massen selbst überrascht, denn sie wussten nicht, was sie tun würden, bis sie es taten, und sie kannten ihre Zahl, ihren Zusammenhalt und ihre Einigkeit nicht, bis sie sie erlebten. Diese absolute Spontaneität, die die großen Revolten auszeichnet, ist gleichzeitig ihr größter Schutz. Denn den Millionen Beteiligten kann man die neugewonnene Erfahrung ihrer Einigkeit und Macht nicht mehr nehmen, und diese Einigkeit und Macht dadurch zu brechen, dass man ihnen ihre Organisatoren und Anführer nimmt, ist ebenfalls unmöglich, denn sie haben gar keine Organisatoren und Anführer. (...)

Die wahre Macht im Land hat sich gezeigt; und sie hat die kommunistische Herrschaft in Ostdeutschland ein für allemal als jämmerliche Farce und faulen Zauber entlarvt.“

In der Folgezeit machte die Bundesrepublik die Erfahrung, dass die Politik der Konfrontation gegenüber den kommunistischen Machthabern die Wiedervereinigung Deutschlands keinen Schritt voran brachte - im Gegenteil.

Die Teilung des Landes wurde durch den Bau der Mauer 1961 noch greifbarer, noch fürchterlicher. Sie trennte Familien und Freunde. Sie war Ausdruck eines Systems, das die eigenen Bürgerinnen und Bürger gefangen hielt und ihnen die grundlegenden politischen Rechte verweigerte.

Aus der neuen Situation konzipierte Egon Bahr den Ansatz für eine neue Ost- und Deutschlandpolitik. Diese, erstmals von Egon Bahr vor dem politischen Club der Evangelischen Akademie in Tutzing 1963 skizzierte Politik, wurde von der großen Koalition eingeleitet und von der sozial-liberalen Bundesregierung unter Willy Brandt offensiv betrieben. Die neue Ostpolitik versuchte, die Herrschenden in Verhandlungen einzubinden. Auch dieser Weg war nicht ohne Risiko: Wer mit Gegnern verhandeln will, muss ihnen den Eindruck vermitteln, sie seien als Gesprächspartner akzeptabel.

Und man muss ihnen glaubhaft machen, auch für sie könne etwas bei den Verhandlungen herauskommen.

Mit den Ostverträgen 1970, dem Grundlagenvertrag 1972 und der KSZE-Schlussakte 1975 wurden die Grundlagen für ein einigermaßen erträgliches Mit- und Nebeneinander geschaffen. Im Laufe der folgenden Jahre konnte die Bundesregierung Tausenden von politischen Gefangenen erbärmliche Haftjahre in DDR-Gefängnissen ersparen; Familien wurden zusammengeführt, Besuchserlaubnisse und Reiseerleichterungen durchgesetzt.

Dies alles änderte nichts am grundlegenden Charakter der Diktatur, aber es milderte für viele deren Härte. Und es nährte die Hoffnung auf weitergehende Änderungen. Zwar mochte die DDR-Führung darauf gesetzt haben, mit ihren internationalen Verhandlungen und mit den Kontakten zur Bundesregierung auch nach innen mehr Anerkennung zu erfahren, doch sie erreichte das Gegenteil: Im März 1970 zeigten Zigtausende mit ihren Ovationen für Willy Brandt in Erfurt, auf wen sich ihre Hoffnungen richteten.

1989 ereignete sich das, was viele für unmöglich erklärt hatten: Die Mauer fiel, die Deutschen lagen sich in den Armen und die Sowjetunion ließ die Wiedervereinigung zu.

Es gibt die alte Redensart, dass das Leben die besten Geschichten schreibt. Daran ist manches Wahre - im Gegensatz zu vielen düsteren Prophezeiungen literarischer und nicht-literarischer Art fand das schreckliche ›deutsche Jahrhundert‹ einen versöhnlichen, versöhnenden Abschluss. Nicht ein Mensch starb! Niemand wurde unerträglich gedemütigt, in

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Schauprozessen vernichtet, um seine Zukunft gebracht. Gemessen an den Möglichkeiten, Rache zu suchen und Rache zu üben, haben wir geradezu ein Wunder an zivilem Umgang miteinander erlebt. Wir Deutsche haben bewiesen, dass man aus der Geschichte sehr wohl lernen kann.

Den Fall der Mauer verdanken wir den Menschen in Ostdeutschland und ihrem mutigen Protest. Die Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt hat eine wesentliche Voraussetzung geschaffen. Und schließlich hat der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl die Chance, die die Geschichte bot, entschlossen ergriffen.

Der Aufstand 1953 begann mit sozialen Forderungen, die binnen Stunden in politische Forderungen umschlugen. Viele Demonstranten forderten 1953 die deutsche Einheit und sie haben dafür einen hohen Preis gezahlt. Aber ihre Forderungen waren - auch in historischer Perspektive - stärker als die SED und die DDR-Regierung.

Lassen Sie mich zum Abschluss einige grundsätzliche Gedanken zum 17. Juni formulieren:

Eine gesellschaftliche Ordnung ohne bürgerliche Grundfreiheiten konnte und kann kein Gemeinwesen konstituieren, das den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden soll.

Die Freiheitskämpfe um den 17. Juni reihen sich ein in die großen demokratischen Bewegungen und Manifestationen in unserer Geschichte, in denen Menschen die Wahrung ihrer Interessen sowie die Formulierung ihrer gesellschaftlichen Vorstellungen und Wünsche gegen Willkür und Unterdrückung selbst in ihre Hand nahmen. In diese Reihe gehören das Wartburgfest 1817, das Hambacher Fest 1832, die Barrikadenkämpfe und die Frankfurter Nationalversammlung 1848, die Verteidigung der ersten deutschen Republik nach dem Ersten Weltkrieg, der antifaschistische Kampf gegen die Hitlerbarbarei.

Die Kämpfe von 1953 gehören in die Reihe der großen Emanzipationsbewegungen um persönliche Freiheiten und kulturelle Identität in den osteuropäischen Staaten: Ich erinnere mich noch sehr genau an den Aufstand 1956 in Ungarn und sein schreckliches und gewaltsames Ende unter den sowjetischen Panzern. Der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy und der General Pál Maléter wurden verschleppt und ermordet. Wir hofften mit Alexander Dubcek in Prag und seinem „Dritten Weg“ - bis 1968 sein Reformkurs von den sowjetischen Panzern niedergewalzt wurde. Wir hofften mit der Solidarnosc in Polen. Und: Die Emanzipationsbewegungen in Osteuropa setzen sich schließlich trotz alledem schrittweise durch. Ermutigt durch die Macht der neuen Informationsmöglichkeiten in der Welt, die ihnen die Wirklichkeit ungeschminkt darstellte, gefördert durch den Prozess der Ost- und Entspannungspolitik, die mit der Schlussakte der KSZE Referenzpunkte für Demokratiebewegungen darstellte und letztendlich auch durch die Glasnost des Michail Gorbatschow. In Europa war es letztendlich möglich, den demokratischen Wandel ohne Krieg zu ermöglichen und Wandel durch Zusammenarbeit zu schaffen.

Die Menschen waren und sind nun mal nicht aufzuhalten, wenn sie ihre Lage erkannt haben. Oder - wie Rudi Dutschke, selbst ehemaliger DDR-Bürger, Mitglied der evangelischen Jungen Gemeinde und Gegner der SED-Herrschaft, sinngemäß richtig gesagt hatte: Wir Menschen sind Akteure der Geschichte.

Für die SED war der Aufstand ein Schockerlebnis, diese Erhebung der „führenden Klasse“ gegen ihre „Vorhut“ prägte sie bis zu ihrem (formalen namentlichen) Ende. Die Arbeiterschaft hatte die Initiative ergriffen, sie war Motor der Unruhe. Teile des städtischen Mittelstandes, der Landbevölkerung und auch der Intelligenz schlossen sich an. Die zentrale Bedeutung des Aufstandes für die weitere Geschichte der DDR - und der gesamtdeutschen -

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

ist unstrittig. Noch am 31. August 1989 fragte angesichts der Montagsdemonstrationen und der zunehmenden Volksbewegung gegen die SED-Herrschaft der damalige DDR-Minister für Staatssicherheit Erich Mielke seine Untergebenen: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“

Wir gedenken heute der Toten dieser Volkserhebung, wir gedenken der Verurteilten, der Gedemütigten und ihrer Familien. Ihre Forderungen erfüllten sich u.a. mit den ersten freien Wahlen in der damaligen DDR im März 1990 und der staatlichen Einheit unseres Landes seit dem 3. Oktober 1990.

Unser Engagement für eine gerechte Ordnung, für die Verwirklichung der Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für Menschenrechte weltweit geht weiter.

Der 17. Juni erinnert uns an die große Bedeutung der arbeitenden Menschen. Die DDR behauptete, die staatlich gelenkten Gewerkschaften verträten quasi automatisch die Interessen der Beschäftigten. Die Wahrheit ist: Wo die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sich nicht wirklich frei organisieren und entfalten können, ist keine freie Gesellschaft. Bis heute sind die Gewerkschaften, als die legitime Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie - so wie die Kirchen, die Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft.

Wir setzen uns für das Recht auf freie Gewerkschaften auch weltweit ein. Freie Gewerkschaften und das Recht auf kollektive Lohnverhandlungen sind zentraler Bestandteil der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Am Tag danach, am Donnerstag, dem 18. Juni 1953 sprach um 19.40 Uhr im RIAS der Journalist und spätere Bundesminister Egon Bahr zu den Berlinern:

„Die Bevölkerung hat ihre Kräfte mit dem Regime gemessen ..., nicht nur, dass die Arbeiterschaft gegen die Partei aufstand, die der angebliche Vortrupp der Arbeiterschaft ist ... Die SED und ihr Regime konnten die Ordnung nicht aufrechterhalten, weder in Berlin noch in der Zone ... die Besatzung sah sich gezwungen, der SED die Macht formell abzunehmen. Damit ist politisch der größte Erfolg errungen, der überhaupt in der jetzigen Situation denkbar ist (...).“

Ist es nicht wunderbar: Wir haben die deutsche Einheit vollenden können. In Europa stehen wir vor einer neuen, gemeinsamen Verfassung. Europa wächst zusammen mit der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU.

In Europa tragen die Menschen ihre Konflikte nur noch in Redeschlachten und niemals mehr in Schützengräben aus!

Eine Erfahrung, die in die Welt ausstrahlen möge.

[Quelle: <http://www.bmz.de/presse/reden/rede17062003.html>]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---